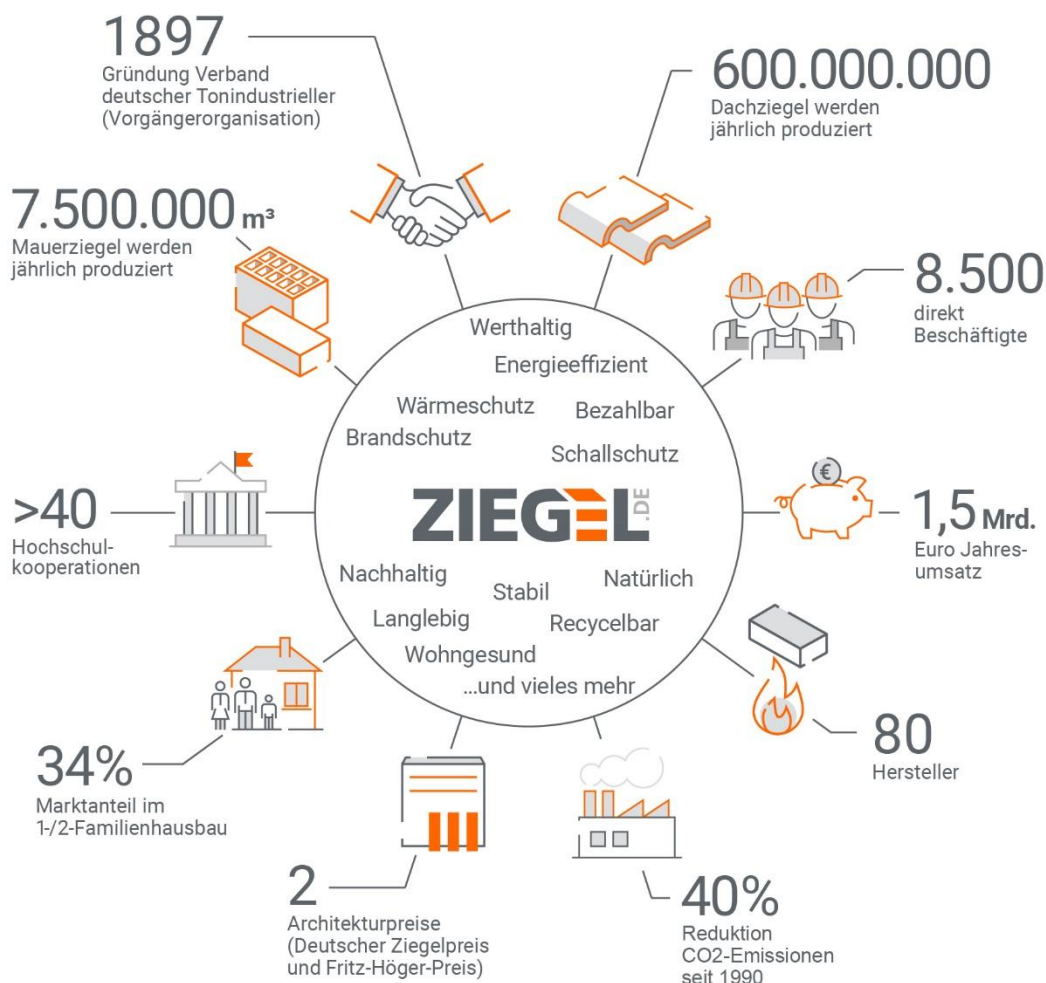


12 Kernforderungen der Ziegelindustrie zur Bundestagswahl 2021

Die Baubranche hat sich in Zeiten der globalen Pandemie als zuverlässiger Stabilitätsanker bewiesen. In dieser Verantwortung sehen sich auch die Hersteller von Dach- und Mauerziegeln in Deutschland, deren Produkte Millionen Menschen ein Zuhause geben. Als Marktführer im Wohnungsbau möchte die Ziegelindustrie in der kommenden Legislaturperiode noch stärker an Lösungen dringender gesellschaftlicher Herausforderungen mitwirken. Ziegelgebäude zeichnen sich durch ihre Langlebigkeit und anhaltende Wärmespeicherung aus, leisten einen zentralen Beitrag zum Erreichen der Klimaziele im Gebäudesektor und stehen für bezahlbares und hochwertiges Bauen. Um die aktuelle Wohn- und Mietenkrise in Deutschland zu lösen, muss weiterhin ausreichend gebaut werden. Das zuletzt erreichte Niveau von 300.000 Wohneinheiten jährlich ist konsequent fortzuführen und weiter auszubauen. Vor diesem Hintergrund haben wir unsere zentralen Positionen zur Bundestagswahl 2021 zusammengefasst.

Branche und Verband auf einen Blick:



1. Für industrielle Produktion und Klimaschutz

Die Ziegelindustrie hat ihren CO₂-Ausstoß gegenüber 1990 um mehr als 40% reduzieren können. Mit der kürzlich vorgelegten „Roadmap für eine treibhausgasneutrale Ziegelindustrie bis 2050“ geht die Branche noch einen Schritt weiter und zeigt auf, dass eine klimaneutrale Ziegelproduktion perspektivisch möglich sein wird. Die Grundlage hierfür bilden jedoch stabile politische Rahmenbedingungen, zielgenaue Fördermechanismen sowie ein fairer, technologieoffener Wettbewerb.

Worauf es ankommt:

1.1 Wettbewerbsfähige Energiekosten und ein gesicherter Carbon-Leakage-Schutz

Nur unter diesen Voraussetzungen können die notwendigen Investitionen in klimaneutrale Ziegelprodukte überhaupt geleistet werden. Der im Green Deal vorgesehene CO₂-Grenzausgleich ist mit Verweis auf unklare WTO-Vereinbarkeit abzulehnen. Importzölle können schnell zu Protektionismus führen und handelspolitische Gegenmaßnahmen hervorrufen.

1.2 Langfristige Planungssicherheit und zuverlässige Zielvorgaben

Mitten in der größten Transformation hin zu einer klimaneutralen Produktion braucht die kapitalintensive Ziegelindustrie langfristige Planungs- und Investitionssicherheit. Wir fordern daher, die ambitionierten europäischen Klimaziele nicht weiter durch nationale Vorgaben zu verschärfen. Schon heute zählen die Energie- und Klimakosten in Deutschland weltweit zu den höchsten und sind ein Wettbewerbsrisiko für die industrielle Produktion.

1.3 Verstärkte Förderung von Forschung und Entwicklung, insbesondere für KMU

Die Roadmap der Ziegelindustrie hat ergeben, dass allein die Klimaschutzinvestitionen der Branche in Deutschland bis 2050 rund 2,3 Mrd. Euro betragen werden. Ein umfassendes Investitionsprogramm „Klimaschutz in der Industrie“ sollte mit starkem Fokus auf mittelständische Unternehmen aufgelegt werden. Daneben wird die ausreichende Verfügbarkeit von bezahlbarem grünen Wasserstoff und grünen Strom sowie eine belastbare und wirtschaftlich darstellbare Energieinfrastruktur entscheidend sein.

1.4 Deutliches Bekenntnis zur Technologieoffenheit

Technologieoffener Wettbewerb ist ein Treiber für den Klimaschutz. Deshalb dürfen die Anstrengungen zur Dekarbonisierung der Baustoffindustrie nicht durch staatliche Wettbewerbsverzerrungen bei der Auswahl von Baustoffen konterkariert werden. Ordnungspolitisch festgelegte Quoten oder die einseitige Förderung einzelner Baustoffe und Bauweisen reduzieren Handlungsräume, ignorieren Verfügbarkeiten und verhindern Innovationen. Die Wahl eines Baustoffes sollte weiterhin der Markt beziehungsweise der Kunde treffen.

2. Für sozialen und energetisch hochwertigen Wohnungsbau

Wohnen hat sich über die letzten Jahre zur sozialen Frage des 21. Jahrhunderts entwickelt. Um langfristig den Bedarf an qualitativ hochwertigem Wohnraum decken zu können, sind Anreize zum Bauen unerlässlich. Ziel der Wohnraumförderung muss es sein, wirtschaftliche, soziale und ökologische Argumente gleichermaßen zu berücksichtigen. Es muss von hohem gesellschaftlichen Interesse sein, den Wohnungsbau insgesamt zu entbürokratisieren und somit flexibler zu gestalten.

Worauf es ankommt:

2.1 Aufstockung der sozialen Wohnraumförderung von jährlich 1 auf 3 Mrd. Euro

Obwohl 2019 über 25.000 neue Sozialwohnungen gebaut werden konnten, reduzierte sich der Bestand gegenüber dem Vorjahr wegen auslaufender Belegungsbindungen um über 36.000 Einheiten. Um der Verdrängung wirtschaftlich benachteiligter Bevölkerungsschichten aktiver entgegenzuwirken, sprechen wir uns für eine Aufstockung der sozialen Wohnraumförderung aus.

2.2 Stufenmodell und Freibetrag bei der Grunderwerbssteuer

Leider ist Deutschland bei der Wohneigentumsquote im europaweiten Vergleich nach wie vor Schlusslicht. Das Baukindergeld war ein Schritt in die richtige Richtung, es gleicht aber insgesamt zu wenig die enorme Kostenbelastung durch die Grunderwerbssteuer aus. Hier muss der Bund auf ein Stufenmodell bei den Steuersätzen, orientiert am Kaufpreis, hinwirken und den Freibetrag beim Immobilienerwerb auf mindestens 250.000 Euro festsetzen.

2.3 Sanierungsanreiz durch „Eine-Million-Dächer-Sanierungsprogramm bis 2025“

Die gegenwärtige Sanierungsquote von 1% pro Jahr ist für die ambitionierten Klimaziele im Gebäudesektor zu gering und muss mindestens verdoppelt werden. Allein die Dachsanierung kann in Abhängigkeit vom energetischen Standard bis zu 25% Energieeinsparung bringen. Um weitere Energie zu sparen und zusätzliche Anreize für den Einsatz erneuerbarer Energien im Gebäudesektor zu schaffen, sollten Solaranlagen zukünftig nur noch nach vorheriger energetischer Optimierung des Daches installiert werden. Eine zusätzliche Kombi-Förderung ist als „Eine-Million-Dächer-Sanierungsprogramm bis 2025“ aufzulegen.

2.4 Gleichberechtigte Förderung von Ersatzneubau

Wenn sich eine Sanierung im Gebäudebestand weder energetisch noch ökonomisch lohnt, müssen auch Abriss und Neubau in Erwägung gezogen werden, damit die Klimaziele im Gebäudesektor langfristig erreicht werden können. Aktuell ist die Förderung beziehungsweise der Tilgungszuschuss für den energieeffizienten Neubau gegenüber der Sanierung schlechter gestellt. Zukünftig sollte hier eine gleichrangige Förderung möglich sein.

3. Für nachhaltiges Bauen entlang der Wertschöpfungskette

Um die Nachhaltigkeit von Gebäuden zielgenau zu bewerten, muss der gesamte Lebenszyklus berücksichtigt werden – angefangen von der Rohstoffgewinnung, über Produktion und Nutzung bis hin zum Recycling. Als Ziegelindustrie zeichnen wir uns bereits seit Jahren durch umfassende Renaturierungsmaßnahmen in den Ton- und Lehmgruben aus und leisten damit einen aktiven Beitrag zur Erhaltung der Biodiversität.

Worauf es ankommt:

3.1 Zugang zu Rohstoffen erleichtern und langfristig sichern

Jährlich werden rund 11 Mio. Tonnen Ton und Lehm gewonnen, die oberflächennah und schonend abgebaut werden. Hierfür werden nur 0,0004 Prozent der Fläche in Deutschland beansprucht. Um weiterhin eine regionale Rohstoffgewinnung und damit Ziegelproduktion zu ermöglichen, muss sich der Bund gemeinsam mit den Ländern für Planungssicherheit bei knapper Abbaufäche und effiziente Genehmigungsverfahren einsetzen. Eine Besteuerung von heimischen Rohstoffen ist wegen ihrer fehlenden Lenkungswirkung abzulehnen.

3.2 Berücksichtigung der Regionalität von Baustoffen

Der Erwerb von regionalen Produkten unterstützt unmittelbar die regionale Wertschöpfung und wirkt sich gleichzeitig durch geringe Transportemissionen positiv auf die Umwelt aus. Regional gewonnene Baustoffe sollten daher bei öffentlichen Bauvorhaben im Rahmen der Nachhaltigkeitsbewertung verstärkt berücksichtigt werden.

3.3 Anhebung des Lebenszyklus von Gebäuden auf 80 Jahre

Das übergeordnete Ziel zur Reduzierung der CO₂-Emissionen im Bausektor sind energieeffizient errichtete Gebäude, die möglichst lange bestehen. Der aktuelle Gebäudebestand zeigt, dass sich Langlebigkeit insgesamt auszahlt. Daher sollte entsprechend der heutigen Qualitätsanforderungen bei einer ganzheitlichen Ökobilanzierung und Gebäudebewertung die angenommene Lebensdauer von 50 auf 80 Jahre angehoben werden.

3.4 Beseitigung von Hindernissen für das Produkt-Recycling

Als Ziegelindustrie unterstützen wir im Sinne einer zirkulären Wirtschaft geeignete Maßnahmen, um die Verwertbarkeit von Produkten nach Ablauf ihrer Nutzungsdauer stetig zu verbessern. Die Steigerung der Ressourceneffizienz ist eine wesentliche Voraussetzung für eine nachhaltige Bauwirtschaft. Aufbereitete mineralische Ersatzbaustoffe aus Ziegel, die einer strengen Qualitätskontrolle unterliegen, sollten aus dem Abfallregime entlassen werden und mit anerkanntem Produktstatus als Recyclingbaustoff für eine Wiederverwertung zur Verfügung stehen.

Kontakt:

Dr. Matthias Frederichs, Hauptgeschäftsführer, info@ziegel.de
Luke Voutta, Leitung Public Affairs, voutta@ziegel.de